

Nichtenstein-Galberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Nisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendorfel, Ortmannsdorf, Wülßen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermülßen, Ruffenappel und Zirkshain

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Nichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

61. Jahrgang.

Nr 227.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Freitag, den 29. September

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1911

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Preis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelhefte 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Kitzschke, Buchauer Str. Nr. 5b, alle hiesigen Postämter, Postboten, sowie die Anstrenger entgegen. Zusätze werden die stündlichen Grundpreise mit 10, für auswärtige Expeditionen mit 15 Pfg. berechnet. Nachdruck 50 Pfg. Bei amtlicher Stelle kostet die vierspaltige Seite 30 Pfg. Telegramm-Adresse: Tageblatt. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens nachmittags 10 Uhr.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 30. September, vormittags 9 Uhr soll im Rathaus- Hofe ein Aufschwamm gegen sofortige Verzinsung öffentlich versteigert werden. Der Stadtrat.

Gemeindeparlaffe Hohndorf (Bezirk Henrich)

verzinst alle Einlagen vom Tage an mit 3 1/2 %. Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung in beliebiger Höhe. Tägliche Expeditionszeit: Vorm. 8—12 Uhr, nachm. 2—5 Uhr

Das Wichtigste.

* Die Nachrichten über kriegerische Vorbereitungen Italiens rufen in der öffentlichen Meinung der Türkei Bestürzung hervor.
* Die Spanier haben alle Stellungen am Ued Kert in Marokko geräumt.
* Auf den Londoner Docks ist ein Teil der Arbeiter von neuem in den Ausstand getreten. — Nachrichten aus Irland lassen erkennen, daß der Streik der Eisenbahner bald ergebnislos beendet sein wird.
* In Brischina fanden Straßenkämpfe zwischen der Polizei und Anarchisten statt, bei denen ein Gendarm getötet und 6 Personen verletzt wurden.
* Auführerische Indianer plünderten den Ort Chaumla (Mexiko) und mordeten viele Einwohner, Frauen und Kinder in barbarischer Weise nieder.

Um Tripolis.

Ueber die tripolitische Krise liegen positive Meldungen noch immer nicht vor. Gerüchweise verlautet, daß italienische Kriegsschiffe vor der Küste von Tripolis liegen. Die Meldungen von Gegenmaßnahmen der Türkei gegen Italien werden als falsch bezeichnet. In Konstantinopel hofft man auf eine diplomatische Erledigung der Tripolisfrage, nachdem die Pforte Besprechungen über die Forderungen Italiens angeknüpft hat. Infolge der Nachrichtenperre, die hauptsächlich die italienische Regierung verhängt hat, weiß man, wie schon gesagt, so gut wie nichts über das, was entweder schon geschehen ist oder sich doch wenigstens vorbereitet. Unter diesen Umständen ist es ein billiges Vergnügen Berliner und Pariser Sensationsblätter, jeden Tag zu melden, die Landung der Italiener sei bereits erfolgt. Das geschieht offenbar in der Annahme, daß einmal die Italiener wohl ihre Truppen ans Land setzen werden, und selbst wenn das erst in vierzehn Tagen geschieht, so kann man — bei täglicher Wiederholung jener Meldung — kühn behaupten, man sei der erste gewesen, der jenes Ereignis gemeldet habe.

Wir verzeichnen hierzu noch folgende Depeschen aus der Flut der vorliegenden Nachrichten:

Konstantinopel. Die Nachrichten über die Vorbereitungen Italiens rufen in der öffentlichen Meinung der Türkei Bestürzung hervor. Die Regierung ist bemüht, die Erregung zu dämpfen. Eine für heute angeordnete, gegen das Vorgehen Italiens gerichtete Versammlung ist verboten worden. Der Minister des Innern hat am Dienstag nachmittags die Vertreter der Presse zu sich berufen und ihnen empfohlen, angesichts der Lage die Veröffentlichung von Alarmnachrichten zu vermeiden, weil eine Erregung der Gemüter bedenkliche Folgen zeitigen könne. Der Kriegsminister hat die Presse gebeten, über militärische Maßregeln nichts zu veröffentlichen. Beim Großwesir finden täglich Ministerberatungen statt, deren Beschlüsse geheim gehalten werden. Gerüchte besagen, es herrsche die Meinung vor, daß Truppen und Munition nicht nach Tripolis geschickt werden sollen. Der italienische Geschäftsträger hatte mit dem Großwesir auf dessen Wünsche eine lange Unterredung, die für die Lage bedeutungsvoll sei.

London. Die englische Presse ist über die diplomatischen Vorgänge im Hintergrund der tripolitischen Krise wenig orientiert. Die Annahme ist allgemein, daß England die Dinge ihren Lauf gehen lassen werde. In der „Times“ ist jedoch eine Aenderung des gestern vertretenen Standpunktes bemerkbar. Das Blatt hält die von verschiedenen Hauptstädten gemeldeten beruhigenden Kommentare nicht für überzeugend und knüpft daran

deutlich Warnungen, besonders an die italienische Adresse. Wenn Italien bloß ökonomische Privilegien in Tripolis verlange, so wäre die Türkei bereit, diese Wünsche nicht zu erfüllen. Wenn es aber auf eine Landung abgesehen sei, dann würden sich die Türken schwerlich auf etwas anderes als die Gewalt einlassen, und trotz der Vortrefflichkeit der italienischen Armee würde sie bei dem Charakter des Landes in Tripolis vermutlich eine harte Arbeit finden. Ein heiliger Krieg in Tripolis, befürchtet das Blatt, könnte den mohammedanischen Fanatismus nicht bloß in Europa, sondern in ganz Afrika und vielleicht auch in Asien zum Ausbruch bringen.

Konstantinopel. Der außerordentliche Ministerpräsident beschloß, im Falle wider Erwarten Italien Tripolis doch zu besetzen versuche, unter anderem folgendes:

1. In Tripolis gegen Italien bis auf den letzten Soldaten zu kämpfen;
2. Ausweisung aller Italiener aus der Türkei;
3. Die Türkei entzieht den Italienern die Kapitulationsrechte.

Jerner wurde auch über Militärtransporte ein Beschluß gefaßt, der jedoch streng geheimgehalten wird.

Berlin. Die deutsche Regierung ist, entgegen anderweitiger Meldungen, bisher weder von der türkischen noch von der italienischen Regierung um Vermittlung gebeten worden. Eine Vermittlungsaktion kann von Berlin selbstverständlich, ebenso wie von Wien aus, nur dann in die Wege geleitet werden, wenn beide Teile ein solches Ansuchen stellen. Daß dies geschieht, ist kaum zu erwarten. In hiesigen politischen Kreisen würde man es auch keineswegs begrüßen, wenn Deutschland sich in die offizielle Rolle des „ehelichen Valters“ drängen lassen würde. Unter der Hand ist selbstverständlich bereits damit begonnen worden, einen inoffiziellen Vermittlungseinfluß auszuüben.

Ueber den Zustand der Landeskirche.

wurde auf der Sächsischen Landessynode vom Geh. Kirchenrat Prof. D. Heinrich-Leipzig Bericht erstattet und zwar über Abschnitt 1) betr. den Umfang der Landeskirche und ihr Verhältnis zu anderen Kirchen und Religionsgesellschaften. In großen Zügen gab Redner zunächst einen Ueberblick über die Fürsorge, die die Synode bisher für die evangelisch-lutherische Landeskirche betätigt, um sich dann dem Inhalte zuzuwenden. Dieser schilderte die Tatsachen sachlich und nüchtern, ohne jede Beschränkung. Der Abschnitt über die kirchlichen Sitten konnte vielleicht noch ergänzt werden durch einen Abschnitt über den Aberglauben, der sich so fest eingewurzelt habe, daß er sich nicht beseitigen lasse. Unser evangelisch-lutherische Landeskirche stehe auf fester, unerschütterlicher Grundlage, doch drohe mancher Mißstand. Zu dem Erfreulichen gehöre, daß keine schweren Konflikte im Innern die Kirche beeinträchtigten, daß reg gearbeitet worden sei nicht bloß in den Vereinen, sondern auch in der Studierstube, daß die kollektive Sittlichkeit auch weiter gut behauptet, daß die Zahl der Stiftungen nicht abgenommen habe, daß christliche Sitten und christlicher Sinn mehr als sonst in das Familienleben eingedrungen seien. Bedrohliche Erscheinungen dagegen wären die wachsenden Ehescheidungen, die Selbstmorde, das entsetzlich traurige Kapitel der Schülerelbstmorde, die wachsenden Austritte aus der Landeskirche. Das alles seien ernste Fragen, zu denen noch die kommen, wie der Religionsunterricht zu gestalten,

wie der Konfirmandenunterricht anderweitig zu regeln ist, wie sich die Jugendfürsorge zu entwickeln hat, um der zunehmenden Verwilderung der Jugend vorzubeugen. Dazu komme der Kampf um die Vertilgung des Christentums in der Wissenschaft und der Kampf um die Weltanschauung überhaupt. In den weitesten Kreisen mache sich ein Irrewerden an den alten Grundbäumen der Kultur geltend, und im Hintergrunde stehe der wirtschaftliche und soziale Kampf. Durch die Bestrebungen nach einer radikalen Emanzipation der Schule von der Kirche komme auch die Trennung der Kirche vom Staate zur Diskussion. Die sozialdemokratische Jugendorganisation sei ebenso gefährlich wie die monistische Neuorganisation. Bemerkenswert sei, daß jemand mehrere Millionen für die Universität stiften wollte zur Bekämpfung des Christentums u. Verteidigung des Monismus. Diese Stiftung sei in Leipzig nicht akzeptiert worden. (Lebhafte Beifall.) Diese Strömungen erklärten die Kirche für bankrott. Die Naturwissenschaften seien die einzige richtige, alles andere wären Papierwissenschaften. In diesem Ringen um Religion und Glauben gäbe es auch erfreuliche Momente. Beseitigt sei mit fast elementarer Gewalt die Schmutz- und Schundliteratur aus den Schaufenstern und den Häusern, mehr und mehr komme in den theologischen Auseinandersetzungen die Ueberzeugung zum Durchbruch, die Wahrheit zu suchen in Liebe, und recht erfreulich sei das Neuwachen des religiösen Interesses.

Der Mitberichterstatter Pfarrer Ende-Planitz ging auf die Einzelheiten des Berichtes ein. Er gedachte dabei der Herrmanns-Enzyklika. Sie hatte ein Fortleben unseres Protestantismus auch in gebildeten Kreisen zur Folge, und die Zurückweisung der Beschimpfungen durch unseren König wird unvergessen bleiben. Tief bedauerlich seien die Austritte aus der Landeskirche, um religionslose Diszidenten zu werden.

In der Debatte über den Abschnitt „Uebertritte“ wies Superintendent Kröber-Pirna auf die unfreundliche und einhaltende Behandlung hin, die diejenigen durch die katholischen Pfarrer zu erdulden hätten, die vom Katholizismus zum Protestantismus übertritten wollten. Er regte im Interesse des Ansehens beider Kirchen an, die Uebertritte durch die beiderseitigen Geistlichen im Wege der gütlichen Vereinbarung vollziehen zu lassen. Es sei dies eine Friedenshand von uns. In der Friedhofsangelegenheit sei von uns viel gegeben, aber wenig erlangt worden. Ein entsprechender Antrag Kröbers fand einstimmig Annahme.

Der Abschnitt „Verhältnis zu anderen Kirchen und Religionsgesellschaften“ entfiel abermals eine lange Debatte, an welcher mehrere Synodalen teilnahmen. Pfarrer Gräfe-Arnstedt beantragte, beim Deutsch-Evangelischen Kirchenausschuß dahin vorzulegen zu werden, daß den Evangelischen auf den katholischen Friedhöfen dieselben Vorteile eingeräumt werden, die die Katholiken in Sachsen auf den evangelischen Friedhöfen genießen. Stadtrat Stefina-Rudolph stellte einen Wandersynodalbesuch an, der die Anordnung der Kinder zum Schulbesuch. Oberkirchenrat Rosenkranz-Bauser stellte einen Antrag, das Kirchenregiment möchte auf eine Abänderung der gesetzlichen Stellung der Deutschkatholiken hinwirken. Gegen die Normen wandte sich in lebhafter Weise Geh. Kirchenrat Dr. Hoffmann-Chemnitz, der dabei den Wunsch äußerte, die Normen als lästige Ausländer auszuweisen. Geh. Hofrat Prof. Dr. Mayer-Leipzig sprach sich gegen den Antrag aus, vom Staate eine Aenderung der gesetzlichen Stellung der Deutschkatholiken zu verlangen, da dies zu besonderen Konsequenzen führen würde. Die Anträge wurden dem Verfassungsausschuß überwiesen.

omb
ggl
entam
wif
v
Jm
A mit
OV
Morgens
Weld
aben.
enlein.